



24. September 2019

Was die Gesellschaft an den Kirchen hat

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen im Kanton Zürich

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie kennen es sicher: Wir sind oft mit Kleinigkeiten beschäftigt und kommen nur selten zum gründlichen Nachdenken. Also weniger: 'Wie stellt sich meine Gemeinschaft zur Frage nach gleichgeschlechtlicher Ehe?', oder 'Welche Antworten hat die Kirche auf die zunehmenden populistischen Tendenzen in Europa?' Sondern mehr: 'Habe ich die Traktandenliste für die nächste Kirchgemeindeversammlung schon verschickt?'

Das ist im politischen Tagesgeschäft nicht anders.

Beim Thema Staat und Religion hat sich der Zürcher Regierungsrat aber die Zeit genommen, einmal gründlich nachzudenken und eine Position zu formulieren. Herausgekommen ist ein Dokument mit sieben Leitsätzen und Begleittexten.

Keine Angst: Ich gehe jetzt nicht alle Leitsätze mit Ihnen im Detail durch. Ich lege einen Schwerpunkt beim ersten Leitsatz, der von der gesellschaftlichen Bedeutung der Kirchen handelt. Von da aus mache ich Ausblicke zu anderen Leitsätzen.

«Religiöse Überzeugungen bilden eine wichtige Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens».

So lautet er, der erste Leitsatz.

Damit ist, geschätzte Anwesende, zunächst einmal etwas sehr Einfaches gesagt: Religion ist für den Staat wichtig. Wir betrachten die Religion als eine wichtige gesellschaftliche Ressource.

Das ist schön, mögen Sie denken – Aber: Warum soll der Staat sich überhaupt um Religion kümmern? Warum sieht er Religionsgemeinschaften nicht einfach als zivilgesellschaftliche Akteure unter anderen? Klar: Die Religionsgemeinschaften haben zweifellos eine grosse Bedeutung für ihre Mitglieder, gegen innen. Aber warum sollten sie für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung sein?

Diese Fragen sind nicht einfach. Aber ich bin überzeugt davon, dass die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften eine besondere Rolle in unserer Gesellschaft haben. Es lohnt sich, diesbezüglich genau auf den Leitsatz zu schauen: Er spricht von religiösen *Überzeugungen*, die für die Gesellschaft wichtig sind. Er konzentriert sich also auf eine Haltung, auf die innere Einstellung.



Das Christentum hat, wie wir alle wissen, eine vielfältige Geschichte. Eine Geschichte mit Licht *und* Schatten. Aber vor allem ist das Christentum mit Werten verbunden, die wir alle als positiv bewerten und die für unser Zusammenleben wichtig sind. Ich nenne nur ein paar wenige Beispiele:

- Das Christentum fordert dazu auf, sich um andere zu kümmern (Stichwort Nächstenliebe). Es steht einem grenzenlosen Egoismus entgegen.
- Das Christentum verlangt, dass man Menschen hilft, die Hilfe benötigen (soweit einem das möglich ist). Man soll sich besonders den Schwachen zuwenden.
- Das Christentum verlangt eine Haltung der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Man soll andere nicht täuschen und belügen.

Nun muss ich aufpassen, dass ich nicht allzu fromm klinge! Lassen Sie mich also wieder entschlossen auf die politische Ebene wechseln.

Nochmals: Das Christentum tut viel für unsere Gesellschaft, indem es die erwähnten Werte vermittelt. Klar: Nicht nur die christlichen Kirchen und Gemeinschaften vermitteln diese Werte, auch andere Religionsgemeinschaften tun es. Und ich stelle ebenfalls fest: Auch auf säkularer Grundlage kann man diese moralischen Überzeugungen vermitteln. Das Christentum ist aber eine wichtige Quelle.

Dazu zwei aktuelle Beispiele:

- Ich bin keine Kulturpessimistin und möchte das auch nicht werden. Aber ich glaube, man kann schon feststellen, dass der gesellschaftliche Ton rauer geworden ist. Internet und Social Media ermöglichen uns, aus der Anonymität heraus Andere anzugreifen und herabzusetzen. Dies können wir so nicht dulden, es braucht eine minimale Rücksicht aufeinander. In der Sache soll die politische Diskussion durchaus hart sein, aber man muss die Person dabei immer achten. Ich glaube, dass die christlichen Kirchen gerade dazu viel vermitteln können.
- Zweitens: Wir stehen vor der Situation, dass wir tatsächlich dabei sind, unseren Planeten zu zerstören oder jedenfalls sehr schwer zu schädigen. Das ist eigentlich unglaublich und ein Armutszeugnis für die Menschheit. Aus christlicher Sicht ist die Erde die Schöpfung Gottes. Aus dieser Perspektive ist es untragbar, dass wir diese Schöpfung zerstören. Ich glaube daher, dass die christlichen Kirchen gerade bei dieser Thematik einen eigenständigen, wichtigen Beitrag zu leisten haben. Sie haben eine besondere Sicht auf dieses Thema und machen aus ihrer Perspektive deutlich, was für ein Skandal die Umweltzerstörung ist.

Ich möchte Sie ermutigen, in diesen Bereichen – und viele weitere liessen sich nennen – öffentlich und lautstark Position zu beziehen.



Bitte erheben Sie Einspruch, wenn in der Politik Grenzen überschritten werden. Wenn Personen oder Personengruppen diffamiert werden. Es gibt viele Mittel dazu: Es kann in einer Predigt sein, in einem Blog, im persönlichen Gespräch. Tun Sie es. Vielleicht denken Sie: Ach, das bringt doch nichts, auf mich hört ja doch keiner. Im Gegenteil: Es ist ein wichtiges Zeichen, wenn aus den christlichen Kirchen klare Botschaften dazu kommen. Nur schon das Signal, dass eine Grenze erreicht oder überschritten ist, ist wichtig.

Dasselbe beim Umweltschutz. Lassen sie uns gemeinsam dagegen kämpfen,

- dass Arten vernichtet werden,
- dass wir durch den CO₂-Ausstoss die Klimakatastrophe herbeiführen,
- dass Wälder abgeholzt werden und
- dass wir die natürlichen Ressourcen dieser Erde sinnlos verschwenden.

Meine Damen und Herren,

bringen Sie Ihre Stimme in die gesellschaftlichen Diskussionen ein. Damit festigen Sie, was die Zürcher Regierung im 5. Leitsatz zum Ausdruck bringt: Sie sind als Religionsgemeinschaft für den Staat von Bedeutung.

«Die Rechts- und Staatsordnung der Schweiz und des Kantons Zürich ist von der demokratisch-liberalen Kultur geprägt», so lautet der Leitsatz.

Das Staatswesen steht im Kontext einer Kultur, die der Staat nicht selbst geschaffen hat und auch nicht schaffen kann. Diese Kultur hat ganz viele prägende Faktoren. Man kann das Denken der Aufklärung nennen, die Philosophie, die im antiken Griechenland ihre Anfänge hat, oder auch die Tradition des römischen Rechts. Das Christentum ist zweifellos auch einer der wichtigen Faktoren, die unsere Kultur geprägt haben. Das wird im Begleittext zum Leitsatz 5 explizit gesagt.

Bei den anderen Leitsätzen, auf die ich heute nicht näher eingehen kann, geht es teilweise um die Grenzen, die Religionen beachten müssen. Gemäss Leitsatz 2 müssen sie den öffentlichen Frieden wahren, und Leitsatz 4 stellt klar, dass die staatliche Rechtsordnung von allen gleichermassen zu beachten ist. Leitsatz 3 behandelt ein weiteres Thema, nämlich die öffentliche Sichtbarkeit des Religiösen. «Religiöse Symbole dürfen im öffentlichen Raum sichtbar sein, soweit es die staatliche Rechtsordnung zulässt», heisst dieser Satz. Damit ist im Kern gesagt, dass die Religion keine reine Privatsache, sondern durchaus auch öffentlich präsent ist – auch dies natürlich in den Grenzen des staatlichen Rechts.

Etwas näher, liebe Anwesende, möchte ich noch auf die Leitsätze 6 und 7 eingehen. Sie befassen sich mit dem staatlichen Anerkennungssystem.

Sie horchen auf, und Sie haben recht: Denn die verfassungsrechtliche Anerkennung ist die wichtigste Stellschraube im Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Die rechtlich-anerkannten Gemeinschaften treten in eine besondere Nähe zum Staat.



Dazu gehört unter anderem, dass sie staatliche Beiträge bekommen, aber auch, dass sie eine staatliche Oberaufsicht dulden müssen.

Im Kanton Zürich sind fünf Religionsgemeinschaften anerkannt: die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirche, die Israelitische Cultusgemeinde Zürich sowie die Jüdische Liberale Gemeinde.

Leitsatz 6 besagt: «Das System der öffentlich-rechtlichen Anerkennung hat sich bewährt und soll beibehalten werden». Wir kooperieren intensiv und gut mit den anerkannten Religionsgemeinschaften. Das System ist für beide Seiten gewinnbringend. Wir profitieren zum Beispiel davon, dass die Kirchen oft schneller und flexibler auf Probleme und Notlagen reagieren können als der Staat. Wir wollen dieses bewährte System deshalb fortsetzen.

Dazu gehört auch, dass die finanzielle Unterstützung der anerkannten Gemeinschaften im bestehenden Rahmen weitergeführt wird. Im letzten Herbst hat der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats einen neuen Rahmenkredit von 300 Millionen Franken für die nächsten sechs Jahre bewilligt. Mit diesen Geldern werden Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften unterstützt, die für die gesamte Gesellschaft von Nutzen sind.

Offener ist die Situation bei den nicht-erkannten Religionsgemeinschaften. Die beiden grössten Gruppen unter ihnen sind die Muslime und die orthodoxen Christen, die heute hier ebenfalls vertreten sind.

Wie soll der Staat mit diesen Gruppen umgehen?

Lange bestanden von staatlicher Seite zu diesen Gruppierungen keine institutionalisierten Beziehungen. Der Staat hat sich im Grunde nicht um sie gekümmert.

Geschätzte Anwesende: Das ist nicht mehr zeitgemäss. Um das zu verstehen, genügt ein Blick auf die Statistik: Die Musliminnen und Muslime machen mit über 6 Prozent mittlerweile einen erheblichen Anteil der Zürcher Bevölkerung aus. Auch die orthodoxen Christen sind mit über 2 Prozent eine ziemlich grosse Gruppe.

Mit der Verabschiedung der Leitsätze haben wir die Position überwunden, dass die nicht-erkannten Religionsgemeinschaften für den Staat keine Rolle spielen.

Leitsatz 7 ist speziell diesen Gemeinschaften gewidmet: «Zum Umgang mit verfassungsrechtlich nicht-erkannten Religionsgemeinschaften braucht es klare Handlungsgrundlagen».

Damit gibt der Regierungsrat seinem Willen Ausdruck, mehr Klarheit und Verbindlichkeit in das Verhältnis zu den nicht-erkannten Religionsgemeinschaften zu bringen.

Und da sind wir dran. Wir haben zum Beispiel gemeinsam mit der muslimischen Gemeinschaft ein Projekt gestartet, dass die muslimische Seelsorge in öffentlichen Institutionen verbessern und professionalisieren soll. Im Rahmen dieses Projekts ist ein Koordinator angestellt, und es werden Seelsorgerinnen und Seelsorger ausgebildet. Ein Ausbildungsdurchgang wurde bereits durchgeführt, ein zweiter läuft in diesem Herbst.



Das Seelsorge-Projekt ist für uns ein wichtiges Projekt. Zum einen wegen dem Thema selbst; wir füllen damit eine Lücke. Aber darüber hinaus dient es auch dazu, die Beziehungen zwischen staatlichen Stellen und muslimischen Organisationen zu intensivieren. Wir lernen einander besser kennen. Und das ist ein wichtiger Schritt, um das Verhältnis für die Zukunft zu stärken.

Auch bei den orthodoxen Kirchen hat sich in den letzten Jahren einiges getan – wobei hier vor allem die anerkannten christlichen Kirchen aktiv sind.

Seit einigen Jahren gibt es, wie Sie bestimmt wissen, einen Dachverband aller orthodoxen Kirchen im Kanton Zürich. Ein Beirat unterstützt diesen Verband. In ihm sind die reformierte, die katholische und die christkatholische Kirche vertreten. Seit dem November 2018 verfügt der Dachverband über ein eigenes Sekretariat. Seitens des Kantons unterstützen wir den Verband mit dem Know-how unserer Verwaltung, wenn dies gewünscht wird.

Darüber hinaus haben wir im letzten Jahr eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben: Sie soll die Situation bei den nicht-erkannten Religionsgemeinschaften untersuchen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den islamischen und orthodoxen Gemeinschaften.

Bevor wir nämlich weitere Schritte in Angriff nehmen, wollen wir über eine solide Wissensbasis verfügen. Die Studie ist in diesen Tagen abgeschlossen worden und wird nun von uns analysiert. Sie werden wieder von uns hören diesbezüglich.

Geschätzte Damen und Herren, Sie sehen: Religion ist für die Zürcher Regierung und für mich als zuständige Regierungsrätin von grosser Bedeutung.

Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft.

Nutzen Sie Ihre Rolle.

Und gestatten Sie mir einen Wunsch an Sie:

Ich wünsche mir aktive, starke, öffentlich präsente Kirchen und Gemeinschaften.

Für die Gesellschaft sind die Kirchen vor allem dann interessant, wenn sie Entwicklungen in der Gesellschaft aufnehmen, offen und dialogbereit. Gottfried Locher hat unlängst, auf die "Ehe für alle" angesprochen, gesagt: «Der Landeskirche steht es gut an, den gesellschaftlichen Konsens ernst zu nehmen».

Deshalb ermutige ich Sie: Bleiben Sie im Dialog mit der Gesellschaft. Ihre Stimme wird geschätzt, und sie wird gehört.